

# Die Kommunalaufsicht

## **Aufgaben – Rechtsgrundlagen – Organisation**

Von

Prof. Dr. Christoph Brüning Dr. Markus Söbbeke

3., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

#### Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.dnb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter https://ESV.info/978-3-503-23760-9

#### Zitiervorschlag:

Brüning/Söbbeke, Die Kommunalaufsicht, 3. Aufl. 2024

- 1. Auflage 1998
- 2. Auflage 2009
- 3. Auflage 2024

Die 1. Auflage erschien unter: Lübking/Vogelgesang: Die Kommunalaufsicht

ISBN 978-3-503-23760-9 (gedrucktes Werk) ISBN 978-3-503-23761-6 (eBook) DOI https://doi.org/10.37307/b.978-3-503-23761-6

Alle Rechte vorbehalten © Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2024 www.ESV.info

Die Nutzung für das Text und Data Mining ist ausschließlich dem Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG vorbehalten. Der Verlag untersagt eine Vervielfältigung gemäß § 44b UrhG ausdrücklich.

Druck: Beck, Nördlingen

#### Vorwort

Im Vorwort zu der 1998 erschienenen ersten Auflage der "Kommunalaufsicht" haben die Verfasser darauf hingewiesen, dass die Kommunen sich immer zahlreicheren und sich immer schneller verändernden Gesetzen und untergesetzlichen Normen gegenübersehen. Seither haben sich die Herausforderungen der Kommunen – in einem insgesamt stabilen rechtlich-politischen Umfeld – deutlich verändert: Die Digitalisierung prägt alle Lebensbereiche. Migration und Integration fordern die Kommunen im sozialen Bereich und in der Bildung. Die Liberalisierung von Märkten und die Entstehung des e-Commerce verändern die traditionelle Kommunalwirtschaft. Die finanzielle Situation der Kommunen wurde geprägt durch Finanzkrise, Pandemie und Ukrainekrieg, aber auch durch eine langjährig gute Wirtschaftslage, und stellt sich heute in den Ländern sehr heterogen dar. Klimawandel und Nachhaltigkeit rücken in den kommunalpolitischen Fokus. Die Kommunalaufsicht muss auf diese Entwicklungen ebenfalls reagieren: Sie ist gefordert, die kommunale Selbstverwaltung auch und gerade angesichts der neuen Herausforderungen zu erhalten; sie soll Orientierung geben und muss rechtliche Grenzen aufzeigen, um Fehlentwicklungen zu verhindern. Ziel ist, die kommunale Selbstverwaltung zu schützen und zu sichern. Die Kommunalaufsichtsbehörden sind daher ihrerseits herausgefordert, die genannten Entwicklungen fachlich und rechtlich zu durchdringen und deren Bedeutung für die Kommunen zu verstehen. Kommunale Selbstverwaltung und staatliche Aufsicht müssen sich so in einer – nicht immer spannungsfreien, aber konstruktiven – Partnerschaft weiterentwickeln.

Insgesamt ist eine latente Unsicherheit über die Maßstäbe und Befugnisse der Kommunalaufsicht und deren sachgerechte Handhabung festzustellen, die aus der typischen Überlagerung von rechtlichen und politischen Aspekten resultiert. Auf der einen Seite wird vor einer Gängelung der Gemeinden und einer Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit sowie vor einer repressiven Fremdsteuerung durch die Aufsicht gewarnt, andererseits wird im politischen Raum nicht selten der Vorwurf erhoben, die Kommunalaufsicht sei zu schwerfällig und gehe nach Möglichkeit unangenehmen Auseinandersetzungen mit den Gemeinden aus dem Weg. Es ist ein besonderes Anliegen der nunmehr dritten Auflage, die Befugnisse und Mittel der Behörden der Kommunalaufsicht einschließlich des Rechtsschutzes der Gemeinden, aber auch die Möglichkeiten der Konfliktvermeidung aufzuzeigen, um eine effektive Zusammenarbeit auf rechtsstaatlicher Grundlage zu gewährleisten und somit eventuell bestehende Unsicherheiten auszuräumen. Neben der Erläuterung der allgemeinen Strukturen der Kommunal- und Fach-/Sonderaufsicht werden eingehend die Aufsichtsmittel und die Zuständigkeiten der Behörden sowie die Rechtsbehelfe der Kommunen dargestellt. Die Differenzierungen zwischen interner und externer Aufsicht werden ebenso herausgearbeitet wie die zwischen präventiver und repressiver Aufsicht. In einem neuen Kapitel wird die staatliche Aufsicht über die kommunale Haushaltswirtschaft erläutert. Damit reagiert die dritte Auflage auf die erhöhte Bedeutung der Finanzaufsicht angesichts der kommunalen Haushaltsproblematik.

Hierbei sind die jeweiligen teilweise unterschiedlichen kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften der Länder berücksichtigt worden. Durch die Einbeziehung der einschlägigen höchstrichterlichen Rechtsprechung sowie der aktuellen kommunal- und rechtswissenschaftlichen Literatur wird dem Leser eine vertiefende Befassung mit dem Thema erlaubt. Die Verfasser haben sich bemüht, den Anwendern durch eine verständliche Darstellung anhand von konkreten Beispielen eine praktische Hilfe auch für die Lösung von Zweifelsfällen zu geben, so dass das Werk für die tägliche Arbeit von besonderem Nutzen ist. Dem dient insbesondere auch der Anhang, der eine Übersicht der maßgeblichen landesgesetzlichen Bestimmungen sowie einschlägige Verwaltungsvorschriften enthält.

Der Mitbegründer des Werks und als Autor an der Vorauflage noch maßgeblich beteiligte Dr. Klaus Vogelgesang ist ausgeschieden. An seine Stelle ist Ltd. Regierungsdirektor Dr. Markus Söbbeke getreten, der das Dezernat für Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung Münster leitet. Bei dieser Gelegenheit gilt ein besonderer Dank dem Lehrstuhlmitarbeiter Frederik Thomsen, der bei Recherche und Redaktion wertvolle Hilfe geleistet hat. Die in diesem Werk vertretenen Auffassungen sind persönliche Ansichten der Autoren.

Kiel/Münster, im April 2024

Die Verfasser

### Inhaltsverzeichnis

vor	wort	
Abl	kürzui	ngsverzeichnis
Kap	oitel I	Selbstverwaltungsrecht und Staatsaufsicht
1.	Stel	lung der Gemeinden im Staat
2.	Selb	stverwaltungsgarantie
	2.1	Aufgabenuniversalität
	2.2	Eigenverantwortlichkeit
3.	Ges	etzesvorbehalt
	3.1	Kernbereich
	3.2	Randbereich
4.	Eur	pparechtliche Implikationen
5.	Auf	sicht über die Gemeinden
Kap	oitel II	Historischer Überblick zur Kommunalaufsicht
1.	Entv	wicklung bis 1800
	1.1	Dörfer
	1.2	Städte
2.	Entv	wicklung von 1800 bis 1935
	2.1	Der Staat Preußen
	2.2	Andere Staaten
3.	Entv	wicklung von 1935 bis 1945
4.	Entv	wicklung nach 1945
Kap	oitel II	I Staatsaufsicht
1.	Stru	kturen der Staatsaufsicht
	1.1	Funktionen der Aufsicht
	1.2	Aufgabenorientiertes Aufsichtssystem
	1.3	Repressive und präventive Aufsicht
	1.4	Interne und externe Aufsicht
	1.5	Organisationsakte
2.	Inte	rne Kontrollmaßnahmen
	2.1	Beanstandungs-, Einspruchs-, Aussetzungs- bzw.
		Widerspruchspflicht bei rechtswidrigen Beschlüssen
	2.2	Zusätzliches Widerspruchsrecht bei Gefährdung des
		Gemeindewohls
	2.3	Rechnungsprüfung
	2.4	Dienstaufsicht
3.	Auf	gabenarten und Aufsicht
	3.1	Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben
	3.2	Pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben, Pflichtaufgaben
	3.3	Auftragsangelegenheiten

	3.4 3.5	Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung Organleihe	
Kap	itel IV	Aufbau der Aufsichtsbehörden	
1.	Grur	ndsätzliche Unterschiede in der Organisation der Rechts- bzw. I-/Sonderaufsichtsbehörden	
2.		ıtsaufsichtsbehörden	
	2.1	Organisation der Rechtsaufsichtsbehörden in den einzelnen Ländern	
	2.2	Besondere Zuständigkeitsregelungen	
	2.3	Systematik in der Organisation der Rechtsaufsichts- behörden	
	2.4	Unterschiede der Aufbauorganisation in den einzelnen Ländern	
	2.5	Zulässigkeit der "Kommunalisierung" der Rechtsaufsicht?	
3.	Fach	aufsichtsbehörden	
	3.1	Regelungen in den Kommunalverfassungen	
	3.2	Organisationsschema der Fachaufsicht	
	3.3	Beispiele für Zuständigkeitsregelungen in Fachgesetzen	
4.	Dien	stweg	
Kap	itel V	Befugnisse der Kommunalaufsicht	
l. <sup>-</sup>	Grui	ndzüge der Kommunalaufsicht	
	1.1	Kontrollmaßstäbe	
	1.2	Ermessen der Aufsichtsbehörden	
	1.3	Subsidiarität der Kommunalaufsicht?	
	1.4	Anspruch auf Einschreiten der Kommunalaufsicht?	
2.	Aufsichtsmittel		
	2.1	Beratung	
	2.2	Unterrichtung (Informationsrecht)	
	2.3	Anzeige- und Vorlagepflichten	
	2.4	Genehmigungsvorbehalt	
	2.5	Beanstandung und Aufhebung	
	2.6	Anordnungsrecht	
	2.7	Ersatzvornahme	
	2.8	Bestellung eines Beauftragten	
	2.9	Auflösung der Vertretungskörperschaft	
	2.10	Exkurs: Beendigung der Amtszeit des Bürgermeisters	
	2.11	Exkurs: Aufgaben der Kommunalaufsicht bei	
		Kommunalwahlen	
	2.12	Exkurs: Aufgaben der Kommunalaufsicht bei Bürgerbe-	
		teiligung	

Kapi	tel VI	Befugnisse der Sonderaufsicht/Fachaufsicht	199
1.	Grui	ndzüge der Sonder- bzw. Fachaufsicht	199
	1.1	Unterschied zwischen Fach- und Sonderaufsicht	200
	1.2	Kontrollgegenstände	201
	1.3	Ermessen der Aufsichtsbehörden	203
2.	Mitte	el des Aufsichtsrechts	204
	2.1	Weisungen	204
	2.2	Informationsrecht	205
	2.3	Amtshilfe der Kommunalaufsichtsbehörde	206
	2.4	Selbsteintritt	207
3.	Gren	nzen der Aufsichtsrechte?	208
4.	Orga	ınleihe	211
Kapi	tel VI	II Rechtsschutz der Gemeinden	213
l. •		assungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht?	213
	1.1	Kommunalverfassungsbeschwerde	213
	1.2	Allgemeine Verfassungsbeschwerde	213
2.	Verf	assungsbeschwerde zu den Landesverfassungsgerichten?	215
	2.1	Baden-Württemberg	215
	2.2	Bayern	215
	2.3	Brandenburg	216
	2.4	Bremen	216
	2.5	Hessen	216
	2.6	Mecklenburg-Vorpommern	216
	2.7	Niedersachsen	217
	2.8	Nordrhein-Westfalen	217
	2.9	Rheinland-Pfalz	217
	2.10	Saarland	217
	2.11	Sachsen	217
	2.12	Sachsen-Anhalt	218
		Schleswig-Holstein	218
		Thüringen	218
3.	Rechtsschutz der Gemeinden gegen Maßnahmen der Rechtsauf-		
	sicht	tsbehörden	218
	3.1	Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	218
	3.2	Anfechtungsklage	219
	3.3	Verpflichtungsklage/Leistungsklage	221
	3.4	Widerspruchsverfahren	222
	3.5	Klagebefugnis	223
	3.6	Klagegegner	224
4.	Rechtsschutz der Gemeinden gegen Maßnahmen der Sonder-		
	/Fachaufsicht		224
	4.1	Rechtsweg (Verwaltungsrechtsweg)	224
	4.2	Zulässiger Rechtsbehelf gegen Maßnahmen der Sonder-/	
		Fachaufsicht (statthafte Klageart)	225

	4.3 Klagebefugnis	228	
_	4.4 Begründetheit der Klage	229 230	
5. 6.	Kommunalverfassungsstreitverfahren; Organstreitverfahren Amtshaftungsansprüche der Gemeinden (Sekundär-		
	rechtsschutz)	232	
7.	Formlose Rechtsbehelfe; Petitionsrecht	234	
Kap	itel VIII Staatliche Aufsicht über die kommunale Haushalts-		
_	wirtschaft	237	
1.	Verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Grundlagen des Haushaltsrechts	237	
2.	Gesetzlicher Auftrag und Prüftätigkeit der staatlichen		
	Finanzaufsicht über die Kommunen		
3.	Haushaltsaufsicht und Haushaltsgrundsätze	240	
4.	Die Anzeigepflicht kommunaler Haushaltssatzungen	243	
5.	Aufsichtliche Bewertung des kommunalen Haushaltsstatus	245	
	5.1 Strukturell (originär) ausgeglichener Haushalt	246	
	5.2 "Fiktiv" ausgeglichener Haushalt	246	
	5.3 Haushaltsausgleich durch Verringerung der allgemeinen		
	Rücklage oder durch Vortrag eines Jahresfehlbetrages	247	
	5.4 Die Rolle der Aufsicht bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt	248	
6.	Jahresabschluss und Gesamtabschluss	253	
7.	Kommunale Darlehensaufnahme aus Sicht der Kommunal-		
	aufsicht	254 255	
	7.1 Investitionskiedite und Kreditaumannie zur Omschuldung 7.2 Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	257	
	7.3 Liquiditätskredite	257	
8.	Genehmigungsvorbehalte und Anzeigepflichten bei der	231	
0.	Übernahme von Sicherheiten zugunsten Dritter	260	
9.	Rechnungsprüfung	261	
_	itel IX Neue Steuerungsmodelle und Experimentierklausel	263	
1.	Ausgangslage	263	
2.	Inhalt und Zweck von Experimentierklauseln	263	
3.	Verfassungsmäßigkeit der Experimentierklauseln?	266	
4.	Neues Steuerungsmodell	267	
	4.1 Neues Steuerungskonzept	269	
	4.2 Konzernähnliche Organisationsstruktur	269	
	4.3 Budgetierung	270	
	4.4 Wechsel von Kameralistik auf Doppik	270	
	4.5 Modernes Personalmanagement	271	
_	4.6 Praktische Umsetzung des Neuen Steuerungsmodells	271	
5.	Bilanz und Ausblick	272	

Anha		Vorschriften zur Kommunalaufsicht in den Ländern	273	
		en-Württemberg	273 275	
		Bayern		
	Brandenburg			
	Hessen			
	Mecklenburg-Vorpommern			
	Nied	lersachsen	286	
		lrhein-Westfalen	288	
	Rheinland-Pfalz		290	
	Saarland		292	
	Sachsen			
	Sachsen-Anhalt			
	Schl	eswig-Holstein	301	
	Thüi	ringen	303	
Anha	ang 2		307	
1.		emeines	307	
2.	Zust	ändigkeiten	307	
	2.1	Allgemeine Zuständigkeitsverteilung	307	
	2.2	Aufsicht gegenüber juristischen Personen des Privatrechts	307	
	2.3	Nachprüfstellen	308	
	2.4	Schlichtungsstellen	308	
	2.5	Rechnungsprüfung	308	
3.	Beratung		308	
	3.1	Beratung kommunaler Vergabestellen	308	
	3.2	Beratung Dritter	309	
4.	Kom	nmunalaufsichtliche Maßnahmen	310	
	4.1	Öffentliches Interesse	310	
	4.2	Unterrichtungsrecht	310	
	4.3	Beanstandung	311	
	4.4	Anordnung	311	
	4.5	Ermessen	311	
5.	Beha	andlung von Aufsichtsbeschwerden	312	
	5.1	Vorgehensweise	312	
	5.2	Akteneinsicht	312	
6.	Verhältnis zu anderen Verfahren		313	
	6.1	Aussetzung des Verfahrens	313	
	6.2	Einleitung anderer Verfahren	313	
7.	Besondere Bestimmungen bei der Verwendung von			
	Fördermitteln			
8.		ondere Bestimmungen bei Korruptionsverdacht	313	
9.		ussbestimmungen	314	
	9.1	Geltung	314	
	9.2	Hinweise, Abweichungen im Einzelfall	314	
	93	Inkrafttreten/Aufhehung von Runderlassen	314	

Anha	ng 3	Verwaltungsvorschriften zur Kommunalaufsicht in Rheinland-Pfalz	315	
§117	GO RP		315	
			315	
			316	
			316	
_			316	
			316	
_			316	
_			316	
_			316	
			317	
_			317	
			317	
Anha	ng 4	Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der		
		Gemeinden und Gemeindeverbände	319	
l.	Vorber	nerkung und Geltungsbereich	319	
2.	Kredite	e für Investitionen und zur Umschuldung	319	
		llgemeine Grundsätze	319	
		insderivate	321	
	2.3 K	redite in fremder Währung	322	
	2.4 S	onstige Vorschriften	323	
3	Kredite	e zur Liquiditätssicherung	323	
		llgemeine Grundsätze	323	
		iquiditätsverbund (Cashpooling)	324	
4.	Kredita	ähnliche Rechtsgeschäfte	326	
		llgemeine Grundsätze	326	
	4.2 A	nzeigepflicht	326	
		achweis der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte	326	
5.	Beson	dere kreditähnliche Rechtsgeschäfte: ÖPP und Leasing	327	
		usschreibungspflicht	327	
	5.1.2 Z	uwendungsrecht	327	
	5.2 Ö	offentlich Private Partnerschaft (ÖPP)	327	
	5.3 L	easing	329	
6.	Geltun	gsdauer	330	
Anha	ng 5	Muster Anzeige gemäß § 115 GO NRW	331	
Literaturverzeichnis 33				
Stichwortverzeichnis				